

Gesinnung auf die künftige Erschließung der deutschen Landwirtschaft. Freilich mag der Preis des Städtebaus noch feiner relativem Billigkeitsmaßstab sein, was mir von der andern Seite versichert wird, daß die allgemeine Wirtschaftslage gegenwärtig eine Herabsetzung der Dungmittelpreise nicht möglich macht, so würde mir der Aufwand an öffentlichen Mitteln für den genannten Zweck als höchst produktive Ausgabe erscheinen..."

Der Bericht verzeichnet am Schluß dieser Rede lebhafte Beifall. Die anwesenden Landwirte unterstrichen also diese Ausführungen und damit wieder indirekt die Vorstellung Brauns, die für sie allerdings auch im Gedächtnis schon längst erledigt waren.

Der sozialdemokratische Minister „gegen die Landwirtschaft“ kann für sich also die Genugtuung in Anspruch nehmen, daß heute sein Vorschlag von den Deutzen aufgenommen wird, die ihn vor mehreren Jahren noch auf schwere bekämpften. Es sind die gleichen Herrschaften, die sonst wenigstens in Worten, soviel auf die Fähigkeiten des einzelnen absehen und die Verleihung der Anerkennt und Würden angeblich von diesen Fähigkeiten abhängig machen.

In Wirklichkeit aber ist für das deutsche Bürgertum nicht die Fähigkeit des einzelnen maßgebend. Es läßt sich leiten von der Sicht eines Kandidaten, vor allem seinem Willen, auf sieben Jahre die Besitzinteressen zu vertreten und die unter schweren Kämpfen errungenen Rechte der deutschen Arbeiterschaft abzubauen. Dieses Ziel verfolgt Herr Jarres, der einst seinen „großen Nutz“, von dem die Rechtsvresse heute so viel zu erzählen weiß, unter dem Schutz der belästigten Bajonetts in Duisburg-Ruhrort stelle. Das war zu einer Zeit, wo die Stadt Duisburg mehr denn je den ersten Bürger der Stadt zur Abwehr jenes Gefinds gebraucht hätte, das sich widerrechtlich in den Besitz der Macht gesetzt hatte. Otto Braun aber, einer der Männer, dem Deutschland und insbesondere Ruhrort vieles verdankt, hat trotz allen Schwierigkeiten auch in der größten Lebensgefahr ausgeharrt. Die größte Lebensgefahr könnte ihm nicht verlaufen, von seinem Posten an weichen, und so ist er der Mann, der besondere geistige Fähigkeiten, Energie und Übermut in sich vereinigt. Ein solchen Mann braucht die deutsche Republik, um wieder aufzubauen, was die geborenen Sohmänner leichtfertig vernichtet haben oder verriesten ließen. Unsre Parole heißt deshalb:

### Wählt Otto Braun!

Wer ihn wählt, stimmt für den Wiederaufstieg Deutschlands, für eine gerechte Vertretung der Arbeitnehmerinteressen!

### Es lebe die Republik!

Das Reichsbonner Schwarz-Rot-Gold veröffentlicht zu der Reichspräsidentenwahl einen Aufruf, in dem es heißt:

Kameraden!

Der erste Präsident der deutschen Republik, Friedrich Ebert, ruht auf dem Bergfriedhof seiner Vaterstadt Heidelberg. Der Kampfgeist unserer Zeit gemacht uns daran, daß wir uns nicht in Taten verlieren dürfen, sondern daß es unsre Aufgabe ist, uns mit allen Kräften für die Wahl eines neuen Reichspräsidenten einzusehen, dem als würdiger Nachfolger Friedrich Ebert die Geschäfte der deutschen Republik in die Hand gegeben werden.

Neben den republikanischen Parteien rüsten aber auch die Gegner der Republik. Gehünt auf die ungeheueren Geldmittel das hinter ihnen stehenden Kreise und die Wahl der von ihnen geführten Kreise werden sie alles ausbieten, um den Kampf um die Präsidentschaft zu ihren Gunsten zu entscheiden. Das aber würde bedeuten, daß das Amt des ersten Beamten der Republik mit einem Monarchen bekleidet würde, der nach den Eingeständnissen der Gegner als Blauphalter für einen fünftigen Monarchen anzusehen wäre. Das darf nicht sein, kann eine solche Wahl hätte das deutsche Volk mit schweren Konflikten nach innen und außen zu thun, unter denen die Fortschreibung des in den letzten sechs Jahren so erfolgreich begonnenen Wiederaufbaus unseres Vaterlandes zur Unmöglichkeit werden würde.

Wir stehen an einem Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Republik. In viel größerem Maße, als es im letzten Reichstagssitzungsausschuß der Zoll war, wird im Kampf um die Präsidentschaft um vieles entschieden.

**Entscheidung zwischen Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot** gesehen werden. Zu diesem Kampfe müssen uns Kameraden vom Reichsdorfer in den einzelnen republikanischen Parteien vorbereiter Linie stehen. Wie im letzten Reichstagssitzungsausschuß vorher auch diesmal jeder Reichsdorfermann im Rahmen seiner Partei.

Kameraden! Der Bundesvorstand appelliert in diesem Kampf an euren Loyalismus und eure Pflichtgefühl, daß joch in der kurzen Zeit des Bestehens des Reichsdorfers so oft in so überwältigendem Maße gezeigt hat. Bei dieser Wahl darf es keine Wahlkündigung, keine Verurteilung darauf geben, daß die Entscheidung erst im zweiten Wahlgang fällt. Wer ja denkt und der Wahl fernbleibt, verzündigt sich an der Republik und belässt sein Gemüten damit, daß er unter Umständen dem Monarchen im ersten Wahlgang zum Siege verhilft! Wir wollen und wir werden aus diesem Kampf als Sieger hervorgehen, wenn jeder Republikaner, jeder Reichsdorfermann seine Pflicht tut.

Der Kampf hat begonnen! Tritt gefohrt! und Jahnens freie Hufe! gelöschtet:

Es lebe die Republik!

Freiheit!

Der Bundesvorstand.

J. L. Otto Höring, Bundesvorsteher.

### Keine Bevorzugung Barmats

Der preußische Untersuchungsausschuss über die Barmat-Krisse-Affäre verhandelt am Dienstag den späteren Reichswirtschaftsminister, Genosse Robert Schmidt. Er soll aus sagen, ob Barmat bei seinen Geschäften mit Reichsstellen besonders bevorzugt worden ist.

Genosse Schmidt wiederholt seine Darstellungen, die er bereits im Reichstaguntersuchungsausschuss gegeben hat.

Auf Grund der Preußischen Reichsminister Schmidt: Das Reich um 100 Millionen betroffen! erklärt Genosse Schmidt, daß dieser Abschluß nicht unter seiner Geschäftsführung erfolgte. Aus seinem Rechenschaftsbericht, besagt Genosse Schmidt, gehörte hierzu, daß ich während mein Geschäft unterstützte oder befürchtete habe. Niemals unterschreibe ich mit Barmat geschäftliche Beziehungen. Niemals habe ich an irgendwelchen Galateien im Hotel Berlin teilgenommen. Ich kann unter meinem Eid auflingen, daß ich niemals mit Barmat irgendwie zusammengekommen bin, außer normal in meinem Bureau. Jedenfalls offizielle Anweisungen oder Zeichen an die einzelnen Stellen sind von mir aus nicht erstanden.

Auf die Frage, ob Barmat in seinen Beziehungen zum

Beugen gewesen sei, erklärt Genosse Schmidt, daß er das nicht mit Sicherheit sagen könne. Seilmann habe sich verschiedenmal Informationen geholt für die Politisch-Parlamentarischen Nachrichten. Dabei sei möglicherweise auch über Barmat gesprochen worden. Es habe sich dabei aber nicht etwas um irgendwelche Interaktionen zugunsten Barmats gehandelt.

Auf weitere Fragen bezüglich der Zuverlässigkeit Barmats erklärt der Zeuge: Ich habe keine, die aus Polizei zu mir kommen, gefragt: Was ist dann mit Barmat eigentlich los? Ich befand aber ebenfalls Tatsachen in die Hände, die mein Urteil hätten ändern können. Einzelne Lieferungen, jährt der Zeuge fort, sind allerdings noch gemessen, allein der Gesamtabschluß mit Barmat war gegenüber der Gesamtheit der damaligen Lebensmittelversorgung nicht so bedeutend.

Zeuge Schönau bestätigt diese Angaben und erklärt, er habe nie behauptet, eine Anweisung erhalten zu haben, Barmat zu bestimmen. Die Verhandlungen seien immer von Barmat geführt worden.

Hierauf wird Direktor Brischow vornommen. Er führt aus, er habe seinerzeit im engsten Einvernehmen mit dem Minister gearbeitet. Barmat habe günstige Zahlungs- und Lieferungsbedingungen gemacht. Von Mitte 1919 bis Oktober 1920, wie man mit Barmat in Geschäftsverbindung stand, hätten die Reichsstaatsräte Geschäftsgeschäfte mit Barmat gemacht. Die Lebensmittelgeschäfte mit Barmat machten also noch nicht 1 Prozent des Gesamtbedarfs des Reiches aus. Weder freundschaftliche, noch materielle Möglichkeiten oder irgendwelche Abhängigkeit hätten ihn, Brischow, gewonnen. Barmat setzte zu behandeln als einen anderen Geschäftsmann.

Auf Posten erklärt Zeuge Robert Schmidt nochmals, Barmat habe keine Anweisungen zur falschen Erfassung der Gewerbeaufsicht gegeben.

Darauf werden die Verhandlungen abgebrochen.

### Was liegt gegen Barmat vor?

SPD, Berlin, 18. März. (Vig. Funkspurk.) Im der Barmat-Affäre wird weiter abgebaut. Vor wenigen Wochen endlich die Einheitsaufsicht den Ministerdirektor Dr. Kraus gegen eine Kavitation von 60 000 Mark aus der Haft. Jetzt ist nicht nur die vollkommene Aufhebung des Haftbefehls verfügt, sondern auch die Barmat weiter zu zulassen, und die Herren Stellvertreter des Staatssekretärs müssen nun darauf gesetzt sein, daß sie für die diesjährigen zur Verfügung gestellten, jetzt aber wieder zurückgeholten Summen auch noch die Barmat bezahlen müssten. Mit gutem Recht bemerkt der Vorwurf zu diesem „Skandal der Moskauer Staatsbank“: Was gegen Barmat eigentlich vorliegt, weiß immer noch kein Mensch. Die Skandal-Postkarte hat sich jetzt gründlich wölkeln, so daß man wohl aus diesem Grunde darin reden kann, daß der Verhaftungsbefehl bald auch auf die Barmat ausgedehnt wird — oder daß das Ergebnis der Präsidientenwahl doch noch abgewertet werden.

Es wird mitgeteilt, daß Genosse Barmat noch nicht entlassen ist.

### Otto Braun und das Ausland

Ein Bild in die deutsche Presse bestätigt, daß die Kandidatur Jarres von den ausgesprochenen deutschnationalen und volkspartei-politischen Plänen zwar geprägt, aber im überzeugen aus innen- und außenpolitischen Gründen stark belastet wird. Auch im Ausland hält sich Herr Jarres eine Absehung auf die andere, weil er mit Recht als Kandidat der Monarchisten gilt. Ganz anders ist die Kandidatur Otto Brauns eingestellt. In ihm sieht man im Ausland den Mann des Friedens und der Versöhnung. Diese Aussicht wurde schon zu einer Zeit vertreten, als Braun noch preußischer Ministerpräsident war bzw. als er sein Amt niedergelegt. Damals, am 12. Februar 1925, wünschte ihm die bürgerliche Basler National-Zeitung aus Anlaß seines Rücktritts folgende Zeilen:

„Das Preußen und das ganze Reich der Herr Braun verbannt, wird erst eine spätere Geschichtsschreibung vollkommen darstellen vermögen. Heute aber läuft sich behaupten, daß Preußen in diesen drei Jahren, in denen die deutsche Nation als Gangster von den Fürstlichkeiten Russland und England durchstoßen wurde, sich zu einer Art deutscher Mutterlandes entwickelt. Die Republik wurde so sehr fundiert, daß mehrere die außenpolitischen Katastrophen an Rhein und Ruhr, von denen Preußen schwerer betroffen wurde als jeder andre deutsche Staat, noch die innerpolitischen Wirren, die sich im Gefolge der Inflation einstellten, die große Koalition klug und überlegen zu leiten und auch die Volksparthei zu positiver Verwaltungskraft zu machen, während Sevérins intelligente Energie die innere Ruhe und Ordnung des Staates verbürgt. Dem Preußen Otto Braun schlossen sich darum auch die Bergbauherrschaften Waldeck, Schaumburg, Anhalt freiwillig an. Wenn Otto Braun jetzt aus dem preußischen Ministerium aussiegt, so bedeutet es in seiner Sicht ein Ende für ihn. Im Augenblick ist er ein Mann, der die Macht und Stimme im Reichstag und es ist sicher, daß er sehr bald in der Fraktion, die Männer wie ihn blitternd braucht, und damit in den weiteren Einstellungen der Reichspolitik den Einfluß gewinnt, der seiner Karriere und bewährten Persönlichkeit gebührt.“

Schulische Stimmen liegen aus allen Teilen des Auslandes vor und wir werden in den nächsten Tagen weiter Gelegenheit nehmen, der deutschen Öffentlichkeit zu zeigen, daß Braun auch jenseits der deutschen Grenzen als Mann des sozialen Fortschritts, Mann des Friedens und der Versöhnung erkannt ist und erkannt wird.

### Die Opfer von Halle

M. Halle, 18. März. (Vig. Funkspurk.) Die zehn Opfer des blutigen Zwischenfalls im Volkspark werden am Donnerstag beklagt. Die Kommunisten beabsichtigen, die Beisetzung der Opfer ihrer Tochter an einer großen Kundgebung zu benutzen, das Polizeirüttlium hat inzwischen ihr Programm für die Beisetzungsfestlichkeiten genehmigt. Es ist beabsichtigt, die Toten in einem gemeinsamen Grab neben den Märtyrern beizusetzen. Am Freitag sollen mehrere Kommunisten zu Wort kommen. Die in den Krankenhäusern von Halle befindlichen Schwerverletzten sind sämtlich außer Lebensgefahr.

### Kleine politische Nachrichten

Tod einer Zentrumsfödererin. Die dem Zentrum angehörige Reichsstaatsräte und als Schriftstellerin bekannte Hedwig Dranfeld ist am Freitag im Ursulinenkloster in Berlin gestorben.

### Bolschewisten-Zerbrüderung in Prag

T. Prag, 17. März. (Vig. Drabek.) Die Zerbrüderung der tschechischen Kommunistischen Partei schreitet von Tag zu Tag fort. Am Montag trat auch der kommunistische Abgeordnete Taufic sein Mandat niedergelegt, weil er sich den Mostauer beschämenden Anordnungen für die Ausübung seines Mandats nicht mehr fügen wollte.

Die Balkonfabrik aus Erfurt, die hier niedergingen und verschafft wurden, sind wieder freigelassen worden.

### Amerikas Europapolitik

Von unserem Washingtoner Mitarbeiter

Wie können unmöglich hoffen, unserem Lande auf die Welt ihres Einflusses gegen die Rückerziehung behalten. Trotz dem Höhepunkt der Regierung und dem Widerstand im Senat kann man doch hoffen, daß mit dem Antrag Vorah ein Anfang gemacht wird. Amerika wird diesen, den höchsten, Preis vom Schild des amerikanischen Ehre herunterwaschen. Gleichzeitig — und das ist vielleicht ein sehr starker Antrieb zur Lösung der Frage — jüngst die amerikanische Regierung einen Präzedenzfall zu scheuen, der in einem künftigen Kriege unbedeckt werden könnte. Die amerikanischen Kapitolanlagen im Ausland sind z. B. seit dem Krieg auf 10 Milliarden Dollar gestiegen und steigen jährlich zweimal jährlich jedes Jahr um eine Milliarde. Es ist also nicht nur die Reinigung des amerikanischen Ehrenschuhes, sondern auch eine ganz handfeste amerikanische Kostümation, die eine vernünftige Regelung der Eigentumsrechtsstreitigkeiten erzwingen wird.

Wit diesen Worten hat Coolidge in seiner vor kurzem in Chicago gehaltenen Rede ausdrücklich für die nächsten vier Jahre die Vorrechte der Außenpolitik bestellt. Coolidge ist kein Name der kleinen Worte; um so schwerer wiegt dieser Satz des politischen Programms für seine zweite Amtsperiode. Coolidge hat den Geist, bei der Rehabilitierung Europas vor der Welt den Vereinigten Staaten bestimmenden Einfluss zu suchen. Die Vereinigten Staaten sehen nach Europa zurück; sie bleiben wohl außerhalb des Völkerbundes, sind aber trotzdem, realpolitisch gesehen, ein Freund dieses Bundes. Diese Völkerbundspolitik außerhalb des Völkerbundes bezeichnet auch noch den Scheiden-Supplex aus dem Kinde des Kurses, den Coolidge und Kellogg, der neue Außenminister, neuem wollen, und diese Politik wird Europa Geschäfte auf lange Zeit hinaus beeinflussen.

In der Richtung dieser weitaußschauenden Politik liegen die Blätter des Vereinigten Staates für die neue Marine-Vorbüttungskonferenz. Wenig betrachtet weiß man von dieser Konferenz zur Stunde nur das eine, daß „Führer ausgestreift“ wurden, und daß sie stattfinden wird. Aber man kann ja auch in Amerika zwischen den Seiten lesen. Sicher ist, daß die Konferenz eine schwere Belastung der Flottenstärke der beteiligten Nähre anstreben wird; das Rüstungsdollarn von Washington spricht formalisch nur von Schlachtkreuzern — und deren Bedeutung ist ja seit Gründung des Unterseebootes, des Kampfflugzeuges und der U-Boote ohnehin in Frage gestellt. Die neue Marinakonferenz wird zweifellos für die Führer der Landstreitkräfte innerhalb der Völkerbundliga eine Erinnerung sein.

Hinter der positivistischen Politik der Regierung steht die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten. Es ist interessant und nicht ohne plausiblen Reiz, daß der Kongress in dem Entwurf der Flottenordnung eine Klaue aufschraubt, die den Präsidenten ausdrücklich zur Einberufung einer neuen Marinakonferenz auffordert, obwohl — wie sich jetzt herausstellt — Verteidiger Coolidge schon vorher mit dem britischen Außenminister den Konferenzplan besprochen hatte. Coolidge wortete bisher nur auf den richtigen diplomatischen Moment. Dieser war da, als das Generalkonsulat nicht mehr im Wege stand, mit welchem England und Frankreich ihre Friedenspolitik ohne die Vereinigten Staaten machen wollten.

Große Schwierigkeiten stehen noch immer einer verhältnismäßigen Regelung der Rückerziehung des beschlagnahmten deutschen Eigentums im Wege. Bekanntlich haben alle Deutschen, die mehr als 10 000 Dollar zu fordern hatten, ihr Eigentum zurückzuholen. Damit ist aber natürlich die Gesamtfrage noch nicht gelöst. Es liegt ein Antrag des Senators Vorah, des neuen Vorsitzenden des Senatzausschusses für auswärtige Angelegenheiten, zugunsten dieser Rückerziehung vor. Er fordert darüber hinaus, daß der Präsident die Befreiung der Kriegsgefangenen für die Rückerziehung aufhebe. Coolidge hat sich darüber zu verfügen der Sitzung entschieden. Als die neuen Verhandlungen eröffnet wurden, legte der Abgeordnete Walther seine Klaue ab. Ein bedeutender Abgeordneter der Opposition, der Präsidenten mit einem beleidigenden Jurur antwortete, entstehen ein ungähnlicher Zustand. Der Zivilsenator bestätigt dem Präsidenten den beleidigenden Ausdruck und erklärt, daß er die Befreiung der Kriegsgefangenen nicht mehr im Wege stand, mit welchem England und Frankreich ihre Friedenspolitik ohne die Vereinigten Staaten machen wollten.

Große Schwierigkeiten stehen noch immer einer verhältnismäßigen Regelung der Rückerziehung des beschlagnahmten deutschen Eigentums im Wege. Bekanntlich haben alle Deutschen, die mehr als 10 000 Dollar zu fordern hatten, ihr Eigentum zurückzuholen. Damit ist aber natürlich die Gesamtfrage noch nicht gelöst. Es liegt ein Antrag des Senators Vorah, des neuen Vorsitzenden des Senatzausschusses für auswärtige Angelegenheiten, zugunsten dieser Rückerziehung vor. Er fordert darüber hinaus, daß der Präsident die Befreiung der Kriegsgefangenen für die Rückerziehung aufhebe. Coolidge hat sich darüber zu verfügen der Sitzung entschieden. Als die neuen Verhandlungen eröffnet wurden, legte der Abgeordnete Walther seine Klaue ab. Ein bedeutender Abgeordneter der Opposition, der Präsidenten mit einem beleidigenden Jurur antwortete, entstehen ein ungähnlicher Zustand. Der Zivilsenator bestätigt dem Präsidenten den beleidigenden Ausdruck und erklärt, daß er die Befreiung der Kriegsgefangenen nicht mehr im Wege stand, mit welchem England und Frankreich ihre Friedenspolitik ohne die Vereinigten Staaten machen wollten.

Die frühere Minister Le Trocqueur protestiert gegen diese Entwickelung.

Der Präsident lebt in einem kleinen Haus in der Nähe des Reichstags.

Der Präsident lebt in einem kleinen Haus in der Nähe des Reichstags.

Der Präsident lebt in einem kleinen Haus in der Nähe des Reichstags.

Der Präsident lebt in einem kleinen Haus in der Nähe des Reichstags.

Der Präsident lebt in einem kleinen Haus in der Nähe des Reichstags.

Der Präsident lebt in einem kleinen Haus in der Nähe des Reichstags.

Der Präsident lebt in einem kleinen Haus in der Nähe des Reichstags.

Der Präsident lebt in einem kleinen Haus in der Nähe des Reichstags.

Der Präsident lebt in einem kleinen Haus in der Nähe des Reichstags.

Der Präsident lebt in einem kleinen Haus in der Nähe des Reichstags.

Der Präsident lebt in einem kleinen Haus in der Nähe des Reichstags.

Der Präsident lebt in einem kleinen Haus in der Nähe des Reichstags.

Der Präsident lebt in einem kleinen Haus in der Nähe des Reichstags.

Der Präsident lebt in einem kleinen Haus in der Nähe des Reichstags.

Der Präsident lebt in einem kleinen Haus in der Nähe des Reichstags.